

13. II. 1917

# Muß die Straßenbahn eingeschränkt werden?

## Nur 14 Waggons Kohle täglich Ersparnis.

Der „Abend“ hat gestern berechnet, daß bei der jetzt auch vom Gemeinderate beschlossenen Einschränkung des Straßenbahnverkehrs täglich höchstens 20 Waggons Kohle erspart werden können. Der „Abend“ hat an diese Berechnung die Frage geknüpft, ob diese Ersparnis in richtigem Verhältnisse zur Größe des Opfers steht, das der Wiener Bevölkerung auferlegt wird, mit anderen Worten, ob es dafür steht, die Stadt Wien heute noch unabsehbaren Schwierigkeiten auszuweichen, bloß um zwanzig Waggons Kohle zu ersparen.

Wir haben gestern absichtlich die Waggonzahl, die erspart werden kann, höher eingesetzt, als es uns die Rechnung sagte. Gestern hat nun Herr Stadtrat Schneider in seiner Rede Angaben gemacht, welche die ganze Ersparungsmaßnahme noch sonderbarer erscheinen lassen, als sie vorher schien. Stadtrat Schneider erklärte, daß von der Leistung des Elektrizitätswerkes ein Teil auf die Beleuchtung, zwei Teile auf die Straßenbahn und vier Teile auf die Industrie entfallen. Nach dieser Darstellung erscheint also die Leistung des Elektrizitätswerkes in sieben Teile geteilt, von denen zwei auf die Straßenbahn entfallen. Da nun das Elektrizitätswerk täglich insgesamt 120 Waggons Kohle braucht, so benötigt es täglich zwei Siebentel davon, also etwas mehr als 34 Waggons, für die Zwecke der Straßenbahn.

Nun sollen durch die Drosselung des Verkehrs 40 v. S. des Stromverbrauches, d. h. 40 v. S. des Kohlenbedarfes erspart werden. Das sind täglich 137 oder nach oben abgerundet täglich 14 Waggons Kohle.

Nichts wird uns davon überzeugen können, daß es ganz und gar ausgeschlossen sei, diese 14 Waggons mehr täglich nach Wien zu bringen. Eine frierende Proletariatsfamilie wird diese Kohlenmenge wahrscheinlich gewaltig groß finden. Allein man darf als Vergleichsmaßstab einzig und allein den täglichen Kohlenverbrauch Wiens nehmen. Dieser betrug noch im vorigen Winter zur Zeit der strengsten Kälte rund 1000 Waggons täglich. Die 1000 Waggons wurden auch herbeigeschafft. Und wenn jetzt die tägliche Anlieferung auch viel kleiner ist, auf die 14 Waggons für die Elektrische darf es nicht ankommen.

Es ist heute, nach dem gestrigen Gemeinderatsbeschlusse, gewiß am Platze, dies mit aller Deutlichkeit zu sagen. Denn der Aufschub der großen Drosselung bis Donnerstag hat nicht bloß den Zweck, der Bevölkerung Zeit zu lassen, sich für die neuen Verhältnisse einzurichten; er hat auch den Zweck, bei der Regierung alles Mögliche zu versuchen, um die stärkere Kohlenanlieferung durchzusetzen, ihr mit aller Deutlichkeit klar zu machen, was sie der Stadt Wien schuldet. Auch den Zweck, darauf hinzuweisen, daß Wien die einzige Hauptstadt der Welt ist, die mit einer so schweren Maßnahme wie die vorliegende bedroht wird.

### Eine auffällige Mitteilung der „Reichspost“.

Die „Reichspost“, die von den Christlichsozialen zu Mitteilungen aus dem Rathaus benützt wird, schreibt: „Unsere städtischen Elektrizitätswerke haben bisher

mit Anspannung aller Kräfte tadellos gearbeitet; nun aber muß auch in den Maschinenhäusern in den großen Werken am Donaufanal wie in den Transformatorstationen gründlich Nachschau gehalten werden. Vor allem die Kessel erfordern Revisionen. Welches die Ergebnisse sein werden, darüber ist man sich im klaren: eine Rastpause nicht, wohl aber eine Verminderung der Stromerzeugung ist unbedingt notwendig, um im Maschinengetriebe einzelne Teile auszuschalten, zu überprüfen, auszuwechseln und auszubessern.“

Dazu müßte sich unbedingt der Bürgermeister äußern. Die Mitteilung in der „Reichspost“ besagt nicht weniger, als daß das Elektrizitätswerk nicht voll betriebsfähig ist. Ist das wahr? Dann wäre die Anführung der Kohlennot als einzige Ursache der Betriebseinschränkung unwahr. Die Bevölkerung darf wohl darüber Klarheit verlangen.

Fast will es scheinen, daß der Zustand des Elektrizitätswerkes nicht weniger bestimmend für die Drosselung ist als die Kohlennot. Die lächerliche Ersparnis von 14 Waggons täglich, die erzielt werden soll, verleiht dieser Annahme einige Wahrscheinlichkeit. Vielleicht hat die „Reichspost“ oder ihr Gewährsmann die Wahrheit ausgeplaudert. Vorläufig, d. h. bis zur Erklärung des Bürgermeisters, wollen wir aber annehmen, daß dem doch nicht so ist. Das wäre sonst doch zu stark.